

# «Solothurn hat ein Katzenproblem»

Auf Bauernhöfen laufen Streuner-Populationen aus dem Ruder. Die Lösung: Kastrieren – das passiert aber zu selten.

Ornella Miller

Ein halbes Dutzend Katzen liegt sonnenbadend vor einem Bauernhaus. Einige Jungkatzen trippeln herbei. Und weiter entfernt schleichen nochmals ein paar Büsis ums Haus. «Jö!» Es wimmelt von Katzen, sie zu zählen, ist unmöglich. Eine solche Szene ist bei so manchem Bauernhof im Kanton anzutreffen. Ein idyllisches Bild, könnte man meinen. Doch manchmal ist der Katzenreichtum nicht gewünscht, sondern die Katzenpopulation ist einfach aus dem Ruder gelaufen.

Der Solothurner Bauernverband veröffentlichte Ende April einen Aufruf: «Katze sucht Bauer – verwilderte Solothurner Bauernhofkatzen suchen Asyl auf einem Solothurner Landwirtschaftsbetrieb oder Reiterhof.» «Die Tiere stammen jeweils von Höfen, auf denen die Population mangels Kontrolle aus dem Ruder lief», stand in der Mitteilung. Zwanzig Katzen brauchten damals ein Plätzchen. Die Vermittlungsaktion wurde von der international tätigen Tierschutzorganisation Network for Animal Protection (NetAP) mit Sitz im Kanton Zürich durchgeführt. Der Aufruf habe nichts mit dem Bauernverband zu tun, erklärte man auf dessen Sekretariat, sondern man habe ihn von NetAP erhalten und publiziert.

Die Tiere wurden auch von NetAP untersucht, kastriert, gegen Parasiten behandelt, geimpft und markiert; die Ohrspitze des linken Ohrs wird unter Narkose eingekerbt als internationales Zeichen für Kastrierung. Eine Anfrage bei der Gründerin und Geschäftsleiterin von NetAP Esther Geisser zeigt auf, dass alle zwanzig Katzen von einem einzigen Fall herrührten. «Das war ein Bauer, der jahrelang Katzen hatte, nie kastrierte, nie zum Tierarzt ging, die Tiere stark vernachlässigte», erzählt Geisser, «die Grundeinstellung dieses Landwirts war, dass Katzen keinen Tierarzt brauchen. Da starben auch viele immer wieder mal.» Ihre Organisation habe im betreffenden Fall gar Anzeige erstattet, etliche der vernachlässigten Tiere waren krank. Geisser sagt: «Leider ist das kein Einzelfall, sondern das gibt es immer wieder.»

**Problem: Es wird zu wenig konsequent kastriert**

Die Familie gab dann die Pacht des Hofes auf, verreise und liess alle Katzen zurück. Der neue Pächter habe keine Katzen auf dem Hof gewollt. «Und da mussten die Katzen natürlich verschwinden. Eine häufige Lösung in der Schweiz ist, dass man sie einfach erschießt.» Erfährt der Tierschutz davon, werde versucht, ein neues Zuhause zu finden. Wie in diesem Fall. Für den neuen Halter ist die Vermittlung kostenlos.

Ein besonderes Problem, so Geisser, sei hierbei jedoch, dass die Katzen oft nicht zahm sind. «Viele sind verwildert, die kann man nicht anfassen. Darum sind



Herzig sind die Büsi ja. Vermehren sie sich aber unkontrolliert, oder werden sie auf Höfen einfach abgesetzt, sind sie vielen Bauern zu viel. Und werden zum Fall für den Tierschutz. Bild: Sandra Ardizzone

Plätze für sie selten.» Ein Bauernhof sei zwar ideal. Nur: Wenn die Katzen nicht kastriert sind, vermehrt sich die Schar ungebremst.

Geisser nimmt den Bauernstand, wo unkontrollierte Popu-

**«Eine häufige Lösung ist, dass man die Katzen einfach erschießt.»**



Esther Geisser  
Gründerin NetAP

lationen immer wieder vorkommen, gar in Schutz, indem sie erklärt, dass oftmals Private ihre Tiere bei einem Hof aussetzten. «Ich kenne zum Beispiel einen Bauern, der wohnt gegenüber einem beliebten Ausflugsort, er hatte zehn eigene kastrierte Katzen, nun hat er mittlerweile fünfzig!»

Die Juristin kämpft mit NetAP für eine Kastrierungspflicht für alle Freigängerkatzen. NetAP kastriert preisreduziert oder ausnahmsweise gratis. Eine Bedingung für solche Dienstleistungen ist, dass sämtliche Katzen auf einem Hof kastriert werden. Der Bauer muss eine entsprechende Vereinbarung unterschreiben. Sonst mache es keinen Sinn. «Es geschieht immer wieder Unverständliches. Dass ein Veterinäramt uns beispielsweise bittet, auf einem Hof kastrieren zu gehen – nachher erfahren wir, dass zwei Jahre zuvor schon der Tierschutz dort war, um zu kastrieren, aber zwei Weiblein hat man absichtlich unkastriert belassen, weil es ja so herzig ist, Junge zu haben.» Das empfindet Geisser als einen Verrat den Geldspendenden gegenüber.

Da Bundesbern die Kastrierungspflicht für Freigängerkatzen bisher ablehnte, hofft Geisser auf kantonale Gesetzgebungen – etwa auf ein kürzlich eingereichtes entsprechendes Postulat im Kanton Bern. Dies, obwohl die Gesetzesgrundlagen für eine Kastrierungspflicht schon bestünden: «Die Basis ist längst im Tierschutzgesetz angelegt. Aber die Veterinärämter setzen das selten um.»

**Oltner Tierdörfli behandelt öfters Bauernhofkatzen**

In der Tierschutzverordnung steht, Tierhaltungen müssen die «zumutbaren Massnahmen treffen, um zu verhindern, dass sich die Tiere übermässig vermehren». Geisser: «Solothurn hat ein riesen Katzenproblem. Wir hatten ein paar üble Höfe mit extrem vielen Katzen.» Zahlen des Tierdörfli Olten, der kantonalen Sektion des Schweizer Tierschutzvereins, lassen erahnen, wie verbreitet das Problem der verwilderten Katzen ist. Es hat im vergangenen Jahr in seinem Einzugsgebiet 305 streunende Katzen sehr aufwendig und behutsam kastrieren und tiermedizinisch versorgen lassen. Über

## Zahlen zum Thema

In der Schweiz leben nach Schätzungen von Tierfutterherstellern über 1,6 Millionen Katzen. 2018 hatten 28 Prozent aller Schweizer Haushalte mindestens eine, im Schnitt 1,7 Katzen.

Die Tierschutzorganisation 4Pforten schätzt, dass es in der Schweiz 300 000 Streunerkatzen gibt.

Das Network for Animal Protection schätzt, dass in der Schweiz jährlich 100 000 Katzen getötet werden.

2019 wurden in der Schweiz wegen Verstössen gegen das Tierschutzgesetz im Zusammenhang mit Katzen 119 Schuldsprüche ausgesprochen. Die Gründe waren vor allem ungenügende Haltungsbedingungen und unzureichende medizinische Versorgung.

In einer nicht repräsentativen Umfrage des Schweizer Tierschutzes geben von 551 Landwirten 159 an, dass sie Katzen nur zum Mäusen hielten, 306 auch zum Mäusen und 32 nur als Haustiere. 13 hielten Katzen auch zum Verkauf. Pro Hof wurden durchschnittlich etwa 3 Katzen gehalten, 73 Bauern hatten aber 6 oder mehr. 14 besaßen gar keine.

Eine Kätzin wirft bis zu drei Mal jährlich drei bis sieben Junge.

Das Tierdörfli Olten betreut gemeinsam mit freiwilligen Helfenden um die 20 Futterplätze für streunende Katzen.

Die Kastration kostet beim Tierarzt bis zu 200 Franken. (omb)

die Hälfte – 158 – waren Bauernhofkatzen.

Die Vorsteherin des Solothurner Veterinärdienstes, Kantonstierärztin Doris Bürgi Tschan, gibt Auskunft darüber, wie oft es Fälle von verwilderten Bauernhofkatzen im Kanton gibt: etwa einmal pro Jahr. Und Edgar Kupper vom Solothurner Bauernverband sagt, es sei ihm nie aufgefallen, dass es viele verwilderte Katzen auf Bauernhöfen gäbe. Das bedeutet also wohl, dass sich sehr viele Helferinnen und Helfer um verwahrloste Bauernhofkatzen kümmern, noch bevor diese ein Fall fürs Veterinäramt werden. Auch Bürgi Tschan und das Tierdörfli Olten sehen vor allem in der konsequenten Kastration die Lösung des Problems.

Die zwanzig eingangs erwähnten Büsis, für die eine neue Bleibe gesucht wurde, sind inzwischen übrigens alle platziert. Drei habe ein Solothurner Bauer aufgenommen. Fünf zogen in die Innerschweiz, drei nach St. Gallen. Drei waren zahm und konnten in Privathaushalte gehen. Aber der Aufruf bleibt bestehen. Denn Streuner hat es ja genügend.

## Standesinitiative für die Cannabis-Legalisierung

**Volksauftrag** Der von den Jungfreisinnigen Kanton Solothurn in Zusammenarbeit mit FDP-Kantonsrat Markus Dietschi lancierte «Volksauftrag Cannabis-Legalisierung» ist mit 269 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Nötig gewesen wären 100 Unterschriften. Der Volksauftrag zielt darauf ab, eine Standesinitiative zu formulieren mit der Forderung, den Anbau, Handel, Besitz, Konsum und die Abgabe von Cannabis zu legalisieren und analog zum Alkohol staatlich zu regulieren.

Die Jungfreisinnigen argumentieren, dass damit «das Potenzial von Cannabis im Gesundheitswesen, der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft genutzt» werden soll und gleichzeitig «der Schwarzmarkt ausgetrocknet und die Präventionsarbeit durch die Einkünfte der Besteuerung von Cannabis ausgebaut und verbessert werden» müssen. Aus jungfreisinniger Sicht ist «die bisherige Prohibitionspolitik, die seit mehreren Jahrzehnten konsequent verfolgt wird, auf ganzer Linie gescheitert». Jeder dritte erwachsene Schweizer habe Erfahrungen mit Cannabis gemacht, und rund 200 000 Personen in der Schweiz würden regelmässig Cannabis konsumieren. «Angesichts dieser Zahlen wäre es unsinnig, den weit verbreiteten und meist friedfertigen Konsum weiter zu kriminalisieren, statt die Vorteile einer Legalisierung zu nutzen», schreibt die Jungpartei in einer Mitteilung.

Eine Legalisierung von Cannabis und eine Regulierung analog zum Alkohol sei die richtige Lösung. FDP-Kantonsrat und Hanfbauer Markus Dietschi werde die Vorlage im Kantonsrat für den Jungfreisinn vertreten, mit dem Ziel, dass «dieser schon längst überfällige Schritt auch in Bundesbern nicht mehr auf taube Ohren stösst». Die Solothurner Kantonsregierung hat sich bereits im 2018 aufgrund eines Auftrags von Dietschi grundsätzlich positiv zum Thema Cannabis-Legalisierung geäussert. (szz)

## Nachricht

### Fahrzeugbrand mitten in der Stadt

**Grenchen** Bei der Fahrt durch die Kirchgasse sah am Sonntag, kurz vor Mitternacht, ein Autolenker plötzlich Flammen aus dem Motorraum aufsteigen. Kaum hatte er angehalten, stand der Wagen in Vollbrand. Die Feuerwehr Grenchen konnte



den Brand rasch löschen. Verletzt wurde niemand. Das Auto wurde total beschädigt. Die Brandursache ist noch unbekannt und wird untersucht. (pks)